

Hört uns zu!

Eva Ritte, geb. 1991, und Tiaji Sio, geb. 1996, waren die ersten deutschen Jugendbeobachterinnen bei der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) im Jahr 2017. Ihrer Meinung nach finden die Forderungen junger Menschen dort nach wie vor nur unzureichend Gehör.

In vielen politischen Bereichen sind die Einbeziehung junger Menschen und ein besonderer Fokus auf ihre Bedürfnisse zentral, um politische Ziele nachhaltig umsetzen und internationale Abkommen implementieren zu können.

Am Jugendforum der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (Commission on the Status of Women – CSW) der Vereinten Nationen nahmen im Jahr 2017 fast 1000 junge Menschen aus der ganzen Welt teil, die im Bereich Geschlechtergerechtigkeit und Jugendpartizipation aktiv sind. Ein Raum voller engagierter junger Leute, die etwas bewegen möchten – ein großartiges Forum, in dem viel Potenzial steckt. Und doch durften die Teilnehmenden, wie so oft, die meiste Zeit nur zuhören. Das ist schade und eine Verschwendung von Kompetenzen und Kapazitäten. Junge Leute müssen zu Wort kommen und ihre Stimmen gehört werden. ›Alibi-Politik‹ hat noch niemandem geholfen. Partizipationsmöglichkeiten müssen ernst gemeint sein und die Interessen junger Menschen während möglichst vieler internationaler Konferenzen Beachtung finden. Denn nur wenn Programme auch auf junge Leute ausgerichtet sind, können sie eine Veränderung bewirken. Die deutsche Regierungsdelegation zur CSW ging in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel voran: Hier gab es innerhalb der Delegation einen wirklichen Austausch auf Augenhöhe und die Möglichkeit, aktiv die Jugendperspektive einzubringen.

In einer Zeit, in der sich weltweit vielerorts rückschrittliche Entwicklungen in der Geschlechtergerechtigkeit abzeichnen, ist es wichtiger denn je, dass junge Menschen mitreden können. Hart erkämpfte Ziele werden von konservativen Gruppen infrage gestellt. US-Präsident Donald J. Trump entsandte beispielsweise zwei konservative Gruppen zur CSW, die sich gegen Abtreibung und Verhütungsmittel einsetzen. Auch andere Staaten sind gerade bei diesen Themen wenig kompromissbereit. Das zeigte sich dann auch im Abschlussdokument

der CSW: Die sexuellen und reproduktiven Rechte werden nur unzureichend berücksichtigt. Dabei sind sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gesundheit grundlegende Menschenrechte und betreffen gerade junge Frauen. Dies muss auch international stärker zur Geltung kommen und durchgesetzt werden.

Die CSW ist ein stark privilegierter Raum, der entgegen seines Mottos ›niemanden zurücklassen‹ (›leaving no one behind‹) – trotz bereits bestehender Bemühungen – wenig inklusiv ist. Wenn im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) allerdings tatsächlich niemand zurückgelassen werden soll, müssen die CSW und die UN insgesamt für weniger privilegierte Personengruppen besser zugänglich werden. Hierzu zählen oftmals Jugendliche, Menschen ohne die nötigen finanziellen Mittel oder aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten, mobilitätseingeschränkte Personen oder Menschen aus Staaten, deren Regierungen kein Interesse daran haben, marginalisierten Gruppen einen Zugang zur internationalen Politik zu gewähren. Jugendpartizipationsprogramme, die diese Personengruppen berücksichtigen, sind wichtig und langfristig notwendig.

Eine größere Vielfalt innerhalb der Vereinten Nationen dient zum einen dazu, den betroffenen Gruppen Gehör zu verschaffen und gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln, um bestehende Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Zum anderen kann durch die Beachtung verschiedener Interessengruppen auf intersektionale Formen von Diskriminierung eingegangen und auf progressivere Lösungen hingearbeitet werden. Dem Slogan der Vereinten Nationen ›nichts über uns ohne uns‹ (›nothing about us without us‹) kann letztlich nur durch gleichwertige und gerechte Teilhabe entsprochen werden, sei es im Bereich der Jugendpartizipation oder einer gleichwertigen Vertretung der Geschlechter auf allen Ebenen.



In einer Zeit, in der sich weltweit Rückschritte in der Geschlechtergerechtigkeit abzeichnen, müssen junge Menschen mitreden.